

Kloster Banz 2012: „Bayern 3.0 – digital in die Zukunft“

Auf ihrer traditionellen Herbstklausur in Kloster Banz hat die CSU-Fraktion die Digitalisierungsstrategie „**Bayern 3.0 – digital in die Zukunft**“ (*Entschließungstext* unter: http://www.csu-landtag.de/www/dateien/Bayern3.0/Endfassung_190912.pdf) für ganz Bayern erarbeitet und will dafür in den kommenden Jahren **ein Milliarde Euro im Landeshaushalt** bereitstellen.

Damit wollen wir erreichen, dass **Bayern auch im digitalen Zeitalter** europaweit **führend** bleibt. Da die „digitale Revolution“ nahezu alle Lebensbereiche umfasst, ist eine wirksame und verantwortungsvolle Digitalisierungsstrategie **mehr als reine Technologiepolitik**. Denn die digitale Revolution betrifft auch **Wirtschaft, Bildung** und die **Bürgergesellschaft**.

Die CSU-Fraktion will die **Digitalisierung in Bayern zum Wohle der Menschen** in unserem Land **gestalten**. Dabei wollen wir Bayerns Stärken klug mit neuen Möglichkeiten verbinden. Bayern soll so die digitale Revolution bestens meistern und dabei lebenswert bleiben.

Bayern als Vorreiter bei der dritten industriellen Revolution

Wir wollen, dass Bayern seine industriellen Stärken mit den neuen digitalen Möglichkeiten verbindet und so zum **modernsten Industrie- und Produktionsstandort** wird. Dafür wollen wir die IT-Kompetenz in Bayern ausbauen.

Bayern als Wegbereiter einer digitalen Bildungsgesellschaft

Bayern soll im digitalen Zeitalter **nicht nur PISA-Sieger** sein, sondern auch bei der **digitalen Bildung** zum **Vorbild für ganz Deutschland** werden. Dafür wollen wir die Menschen bestens auf den **richtigen Umgang** mit den **neuen Medien** und der **digitalen Datenflut** vorbereiten. Zudem sollen Menschen und Forschung durch neue Zugänge zu Informationen **neue Perspektiven**, wie beispielsweise in der Krebsforschung, eröffnet werden.

Bayern als Baumeister einer digitalen Heimat

Auch in der digitalen Welt wollen die Menschen in Bayern sicher, selbstbewusst und selbstbestimmt leben.

Diese Sicherheit wollen wir gewährleisten. Das heißt einerseits, **wirksamen Schutz vor Internetkriminalität, Spionage und Cyber-Angriffen** auf unsere Infrastruktur sicherzustellen, andererseits aber auch, den **Schutz per-**

sönlicher Daten nachhaltig zu verbessern.

Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeiten der digitalen Welt für ein sicheres und selbstbestimmtes Leben, etwa durch **intelligente Gesundheitsassistenten** oder **e-Government**, für die Menschen in Bayern nutzbar machen.

Einführung einer gesetzlichen Rauchwarnmelderpflicht

Jährlich sterben in der Bundesrepublik Deutschland bei nahezu 4.000 Wohnungsbränden **bis zu 600 Menschen** an den Folgen von Verbrennungen oder Erstickten im Brandrauch. **Rund 6.000 Menschen** werden **jedes Jahr verletzt**.

Die meisten Brände passieren im eigenen Zuhause. **Rauchvergiftungen machen etwa 80 % der Todesursachen bei Bränden** aus, denn eine Rauchgasvergiftung kann bereits nach zwei Minuten tödlich sein. Viele der Brandtoten könnten daher noch am Leben sein, wenn die Opfer rechtzeitig durch Rauchmelder vor der drohenden Gefahr gewarnt worden wären.

In den vergangenen Jahren wurde mit zahlreichen **Informationskampagnen und Apellen für den freiwilligen Einbau von Rauchmeldern** geworben. Leider hat sich hierdurch die Zahl der Wohnungen, die mit diesen kostengünstigen Lebensrettern ausgestattet sind, **nicht zufriedenstellend erhöht**.

Die CSU-Fraktion hat daher gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner eine **gesetzliche Rauchwarnmelderpflicht** auf den Weg gebracht. Durch eine Änderung der Bayerischen Bauordnung sollen die Warngeräte nun **zum Standard in bayerischen Wohnungen** gemacht werden.

Die Initiative der Regierungsfractionen sieht vor, dass künftig **in Schlafzimmern und Kinderzimmern sowie in Fluren**, die zu Aufenthaltsräumen führen, **jeweils mindestens ein Rauchmelder** angebracht sein muss.

Die **Eigentümer vorhandener Wohnungen** sollen zudem verpflichtet werden, jede Wohnung **bis zum 31. Dezember 2017** entsprechend auszustatten. Die **Pflicht zur Nachrüstung** trägt dem Umstand Rechnung, dass die Gefahr eines Brandes in älteren Gebäuden generell höher ist und die Rettungswege tendenziell schlechter sind als bei Neubauten.

Die **Sicherstellung der Betriebsbereitschaft** soll den unmittelbaren **Be-**

sitzern obliegen, es sei denn, der Eigentümer übernimmt diese Verpflichtung selbst.

Regionale Wertschöpfung bei regenerativen Energien sichern

Neben der Landwirtschaft gibt es heute eine **zweite Wertschöpfungsform**, für die die ländlichen Räume geradezu prädestiniert sind. Es handelt sich um die **Erzeugung regenerativer Energie**, sei es durch Photovoltaik, Biomasse oder auch Windkraft.

Der regionalen Wertschöpfung regenerativer Energien, insbesondere durch die Verbreitung der **Genossenschaftsidee**, zum Durchbruch zu verhelfen, kann gerade in Zeiten, in denen die Menschen mit Sorge auf die Stabilität ihrer Währung blicken, **ein Mittel zur Sicherung der Ersparnisse der Bevölkerung** sein.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die **Wertschöpfungsmöglichkeiten** im Bereich der regenerativen Energien als **tragende Säulen des Entwicklungskonzeptes für den ländlichen Raum** etabliert werden und hierfür angemessene örtliche Strukturen, insbesondere im Rahmen von **Genossenschaftsmodellen** oder **anderen Geschäftsmodellen** mit der Möglichkeit einer **unmittelbaren Bürgerbeteiligung**, entstehen können.

Ferienangebot der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen stärken

Mit einem **Ausbau des Ferienangebotes** der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) wollen wir einen **Beitrag zur Reduzierung des fortbildungsbedingten Unterrichtsausfalls** leisten und für das anschließende Schuljahr notwendige Fortbildungen (z. B. für Klassenlehrer allgemeiner Schulen bei Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf) ermöglichen. Dabei sollen hinsichtlich des Urlaubsanspruchs staatlicher Beschäftigter soziale Krite-

rien und Fürsorgegesichtspunkte berücksichtigt werden.

In einem Antrag haben wir daher die Staatsregierung aufgefordert, das **Angebot** der zentralen Lehrerfortbildung der ALP **in unterrichtsfreien Zeiten**, insbesondere in den Sommerferien, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel **weiter auszubauen**.

Nach einer ersten Erprobung und Evaluation soll dem Landtag über die Erfahrungen berichtet werden.

Einrichtung eines Studiengangs zur Ausbildung von Gebärdensprachdolmetschern

In einem weiteren Antrag haben wir die Staatsregierung aufgefordert, sich unter Wahrung der Autonomie der Hochschulen und im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel für die **Einrichtung eines Studiengangs zur Ausbildung von Gebärdensprachdolmetschern** einzusetzen.

Dabei sollen vorrangig die **Überlegungen der Hochschule Landshut** in der Fakultät „Allgemeine Wissenschaften und Soziale Arbeit“ zugrunde gelegt werden.